



Energiepolitik

Aiwanger: "Die Wirtschaft muss sich auf bezahlbaren Strom jederzeit verlassen können - wir brauchen einen günstigen Wirtschaftsstrom statt grüner Experimente"

28. August 2024

MÜNCHEN Das Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesnetzagentur kündigen an, die Industrienetzentgelte zu ändern. Die Reform fordert flexiblere Produktionsweisen ein, indem reduzierte Netzentgelte für eine besonders gleichmäßige Stromabnahme abgeschafft werden und eine Ausrichtung auf die aktuelle Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom belohnt wird.

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger bewertet die Pläne: "Die Wirtschaft muss sich jederzeit auf eine bezahlbare und sichere Stromversorgung verlassen können. Lieferung nur bei Sonne und Wind und Unsicherheiten und Preisexplosion in der windstillen Nacht ist für ein Industrieland nicht zumutbar. Wir brauchen einen günstigen Industriestrom statt grüner Experimente. Der Vorschlag des Bundes blendet die Realität aus. Er ist ein fatales Signal der Unsicherheit für unseren Wirtschaftsstandort. Schon jetzt befindet sich das Geschäftsklima auf einem schwachen Niveau. Wenn unsere Unternehmen in Zukunft auch noch ihre Produktionszeiten daran ausrichten sollen, wann besonders viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden kann, bringt das künstlich weitere Unsicherheiten in den Markt. Bei vielen Industriebranchen geht das schlichtweg nicht. Die wandern dann aus. Die Politik soll stattdessen endlich ein Modell anstreben, dass auch der Privatkunde in Strom-Überschusslagen unkompliziert billigen Strom bekommt."

Bayern verfolgt das Credo, seine heimischen Unternehmen jederzeit bedarfsgerecht und zuverlässig mit Strom versorgen zu können. "Strom muss dann zuverlässig verfügbar sein, wenn er gebraucht wird. Am aktuellen Netzentgeltrabatt für industrielle Großverbraucher darf nicht gerüttelt werden", so Aiwanger. Dieser sei

elementar für die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen in Bayern, etwa in der Chemischen Industrie, der Glas- oder Keramikindustrie.

Der Bund müsse vielmehr dafür sorgen, dass ausreichend regelbare Kraftwerke gebaut werden, die wetterabhängige Stromproduktion vor allem aus Sonne und Wind ausgleichen können, fordert der Minister.

Ansprechpartnerin:

Dr. Aneta Ufert

Stellv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 339/24